

## DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16219  
Mittwoch, 02. Februar 2022

Pflanzenbau in Österreich punktet mit Qualität und Transparenz . . . . .	1
Verlustersatz für indirekt Betroffene in der Landwirtschaft wird verlängert . . . . .	2
EU-Parlament zum Biolandbau: 25%-Ziel im Agrarausschuss umstritten . . . . .	4
Wintertagung: Regionalität verlangt Saisonalität und Kennzeichnung . . . . .	4
Rupert Quehenberger als AMA-Verwaltungsratsvorsitzender neu bestellt . . . . .	6
SalzburgMilch erhöht erneut den Auszahlungspreis . . . . .	7
Frankreich: Schulkantinen sollen patriotischer einkaufen . . . . .	7
Schmuckenschlager: Verlustersatz bringt rasche Hilfe für Schweinebauern . . . . .	8
VÖS begrüßt Verlustersatzpaket zur Entlastung der Schweinewirtschaft . . . . .	8
Bauernbund: 20 Millionen Euro Verlustersatz für Schweinebauern . . . . .	9
Agrana: Stärkekartoffel- und Nassmais-Kampagnen erfolgreich abgeschlossen . . . . .	11
ÖWM: Neues DAC-Gebiet Wagram und "Sekt Austria" im Weingesetz verankert . . . . .	12
Ein Jahr Waldfonds: Land OÖ zieht positive Bilanz . . . . .	13
Ukraine importiert die meisten Agrarwaren aus der EU . . . . .	14

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT  
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische  
Versicherung

## Pflanzenbau in Österreich punktet mit Qualität und Transparenz

### Pflanzenschutz wird genau dokumentiert und kontrolliert

Wien, 2. Februar 2022 (aiz.info). - Die europäische und österreichische Landwirtschaft stellen nicht nur die Versorgung mit Lebensmitteln, erneuerbaren Rohstoffen und Energie sicher, sondern sorgen auch für Umweltleistungen und transparente Produktion. Gerade auch im Pflanzenschutz, der zur Sicherung von Ernte und Versorgung dient, punkten die heimischen Agrarbetriebe mit hoher Qualität, Effizienz und Nachvollziehbarkeit. Das betonten die Präsidenten der Landwirtschaftskammer (LK) Österreich, **Josef Moosbrugger**, der LK Niederösterreich, **Johannes Schmuckenschlager**, und der LK Oberösterreich, **Franz Waldenberger**, in einer gemeinsamen Aussendung.

### Moosbrugger: Klares Ja zu Nachvollziehbarkeit

"Wenn auf unseren Betrieben Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden, ist für maximale Professionalität und Nachvollziehbarkeit gesorgt. Jeder Anwender muss einschlägig ausgebildet sein und über einen Sachkundenachweis verfügen. Außerdem muss jeder Mitteleinsatz genau dokumentiert werden. Gemäß EU- und nationalem Recht sind alle Bäuerinnen und Bauern dazu verpflichtet, Aufzeichnungen zu führen und diese mehrere Jahre lang aufzubewahren. Diese Daten werden dann bei externen, unabhängigen Vor-Ort-Kontrollen zur Verfügung gestellt und überprüft. Fragen nach dem Was, Wann, Wo, Wieviel und Warum sind dabei zu beantworten", betont Moosbrugger. Alle Pflanzenschutzmittel, die in der EU anwendbar sind, können außerdem im öffentlichen Pflanzenschutzmittel-Register nachgelesen werden.

"Unsere bäuerlichen Familienunternehmen wirtschaften hochqualitativ, effizient und nachvollziehbar. Klar lehnen wir jedoch ab, dass einzelbetriebliche Pflanzenschutz-Daten zentral erfasst und veröffentlicht werden. Das würde nicht nur enorme Bürokratie bedeuten. Es ist auch in keinem anderen Wirtschafts- oder Industriebereich der Fall, wo genauso verschiedenste Mittel zum Einsatz kommen. Wir wollen verhindern, dass unsere Familienbetriebe wegen der notwendigen Pflanzenmedizin in polemischer und verzerrter Darstellung an den Pranger gestellt werden - möglicherweise gerade in Jahren, in denen Witterung oder Schädlingsdruck besonders herausfordernd waren. Daher ein klares Ja zur Nachvollziehbarkeit und Nein zum Bauern-Bashing."

### Schmuckenschlager: Kein Import von Intransparenz

"Unsere bäuerlichen Familien erbringen im Rahmen des Österreichischen Agrarumweltprogramms seit vielen Jahren freiwillig Naturschutzleistungen. Diese Maßnahmen werden in der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik ausgebaut. Damit wird in Österreich auch weiterhin Transparenz und Kontrolle im Pflanzenschutz sichergestellt - eine Qualität, die sich weltweit sehen lassen kann", betont Schmuckenschlager. "Ganz anders ist die Situation bei importierten Agrarprodukten und Lebensmitteln. Die Einfuhr von Produkten heißt auch Import von Intransparenz, denn es ist unmöglich, für importierte Erzeugnisse Transparenz beim Pflanzenschutz herzustellen. Es muss in unser aller Interesse sein, auf die österreichische und europäische Landwirtschaft zu setzen und diese zu stärken. Nur dann können wir uns auch in Zukunft auf höchste Standards und Qualitäten verlassen."

### **Waldenberger: Trotz Vorreiterrolle weitere Verbesserungen angestrebt**

"Die heimische Landwirtschaft bekennt sich zu ihrer hohen Verantwortung in der Lebensmittelproduktion. Pflanzenschutzmittel sind oft erforderlich, um die von Konsumenten und Handel geforderte Lebensmittelqualität sicherzustellen. Auch wenn in Österreich in den letzten Jahren schon sehr viel erreicht wurde, arbeiten wir weiterhin daran, mit Fruchtfolge, Züchtung, innovativen Anbau- und Ausbringungsverfahren den Pflanzenschutz in Zukunft noch effizienter und zielgerichteter zu betreiben. Das ist auch ein Kerninhalt der LK-Bildungs- und Beratungsangebote im Pflanzenbau. Auf diesen Schwerpunkt zielt auch die LK-Warndienst-Onlineplattform ab, um Pflanzenschutz punktgenau dann einzusetzen, wenn Schädlinge und Pilzkrankheiten auftreten", erklärt Waldenberger. "Es sollte aber auch zur Kenntnis genommen werden, dass im Hinblick auf die geplante Umsetzung des Green Deals die österreichische Landwirtschaft in Bezug auf Pflanzenschutzmitteleinsatz, Düngerreduktion und Bio-Anteil auf EU-Ebene als Vorzeigebispiel diskutiert wird." (Schluss) - APA OTS 2022-02-02/09:21

### **Verlustersatz für indirekt Betroffene in der Landwirtschaft wird verlängert**

**Köstinger:** Für die Schweinehaltung stehen 20 Mio. Euro zur Verfügung

Wien, 2. Februar 2022 (aiz.info). - "2021 war ein herausforderndes Jahr für die österreichische Landwirtschaft. Zusätzlich zu oftmals ohnehin schwierigen Rahmenbedingungen hat die Corona-Krise einzelne Branchen, vor allem durch die Schließung der Gastronomie und Hotellerie, besonders schwer getroffen. Zum Teil sind die Umsatzeinbußen und Verluste existenzbedrohend. Mit dem 'Verlustersatz für indirekt Betroffene in der Landwirtschaft' verlängern wir jetzt eine wirksame Maßnahme zur Unterstützung der Bäuerinnen und Bauern", teilt Bundesministerin **Elisabeth Köstinger** mit. Aktuell kann dieser Verlust für die Produktionskategorien Schweinemast und Zuchtsauenhaltung nachgewiesen werden, für diesen Bereich stehen 20 Mio. Euro zur Verfügung.

Der Verlustersatz für die indirekt Betroffenen in der Landwirtschaft kann ab April 2022 bei der Agrarmarkt Austria (AMA) beantragt werden. Die Berechnung wird pauschal durch die Bundesanstalt für Agrarwirtschaft und Bergbauernfragen vorgenommen. Exakte Beträge je Mastschwein oder Zuchtsau werden im April vorliegen.

Für diese Unterstützung gelten mehrere Voraussetzungen: Der landwirtschaftliche Betrieb muss im Betrachtungszeitraum von Dezember 2021 bis Februar 2022 einen Verlust von zumindest 30% des Deckungsbeitrages im entsprechenden Betriebszweig erlitten haben. 70% des pauschal ermittelten Einkunftsverlustes werden als nicht rückzahlbarer Zuschuss gewährt. Die Förderung wird mit 100.000 Euro pro Betrieb gedeckelt.

Mit dem ersten Verlustersatz-Paket haben im Jahr 2021 rund 4.600 Betriebe im Bereich der Schweinemast und Zuchtsauenhaltung Mittel in der Höhe von zirka 28 Mio. Euro erhalten. Die meisten Betriebe wurden in Niederösterreich, Oberösterreich und der Steiermark unterstützt.

### **Köstinger: Angespannte Situation der Schweinehalter entlasten**

"Die heimische Schweinebranche steht derzeit vor enormen Herausforderungen. Durch die Corona-Krise und die Schließung der Gastronomie und Hotellerie sind verlässliche Absatzwege weggebrochen. Durch die Schweinepest wurden wir regelrecht mit billigem Fleisch aus Deutschland überschwemmt. Ein heimischer Bauer muss mehr als 1 kg Fleisch verkaufen, damit er sich in Wien einen Parkschein für eine Stunde leisten kann. Die Preis-Kosten-Schere geht immer weiter auseinander, unsere schweinehaltenden Betriebe können seit Monaten nicht mehr kostendeckend produzieren", unterstreicht Köstinger.

"Mit dem Verlustersatz für indirekt Betroffene in der Landwirtschaft stehen für den Schweinebereich zusätzlich 20 Mio. Euro zur Verfügung, die wir über die AMA abwickeln werden. Gemeinsam mit den Erzeugerorganisationen haben wir damit eine Maßnahme geschaffen, mit der wir den betroffenen Betrieben zumindest einen Teil ihres Einkommensverlustes der letzten Monate abgelten können. Damit können wir die angespannte Situation etwas entlasten", so die Ministerin.

### **Moosbrugger: Verlustersatz ist wichtige Abfederungsmaßnahme**

"Der Schweinesektor und seine weltweit vernetzten Märkte stehen derzeit aus verschiedensten Gründen enorm unter Druck. Die COVID-bedingten Absatzeinbußen, die Afrikanische Schweinepest, extrem hohe Futterkosten und die ständig steigenden Anforderungen der Gesellschaft fordern die Betriebe enorm. Viele heimische Höfe befinden sich wegen dramatisch niedriger Preise in einer existenzbedrohenden Situation. Aus diesem Grund begrüßen wir sehr, dass die außergewöhnliche Notlage unserer Familienbetriebe erkannt und mit dem Verlustersatz eine konkrete Abfederungsmaßnahme geschaffen wird", betont **Josef Moosbrugger**, Präsident der Landwirtschaftskammer (LK) Österreich. Er dankt Bundesministerin Köstinger für diese Unterstützung. Auch in anderen bäuerlichen Sektoren, die von der Corona-Pandemie und dramatisch gestiegenen Produktionskosten betroffen sind, sei die Situation äußerst angespannt, so der Präsident.

### **Herkunftskennzeichnung endlich umsetzen**

"Für die heimische Schweinebranche ist es angesichts der dramatischen Marktsituation inakzeptabel, dass die verpflichtende Herkunftskennzeichnung für tierische Produkte noch immer nicht umgesetzt ist. Wir müssen verhindern, dass unsere Märkte weiterhin von Billigimporten überschwemmt werden, ohne dass die Konsumenten etwas mitbekommen. Viele Kunden würden sich bewusst für heimische Qualitätswurst und Fleischwaren entscheiden, können aber nicht erkennen, woher diese stammen. Der Gesundheitsminister ist gefordert, das fixfertig auf dem Tisch liegende Paket endlich umzusetzen, in Begutachtung und EU-Notifikation zu schicken", unterstreicht Moosbrugger. (Schluss) kam

## EU-Parlament zum Biolandbau: 25%-Ziel im Agrarausschuss umstritten

### Schmiedtbauer: Umstellung braucht Zeit

Brüssel, 2. Februar 2022 (aiz.info). - Der Biolandbau soll in der EU ausgebaut werden. Ob dabei numerische Zielvorgaben helfen, wurde im Agrarausschuss des Europaparlaments kontrovers debattiert. "Wir müssen der Landwirtschaft Zeit geben", erklärte **Simone Schmiedtbauer**, Agrarsprecherin der ÖVP im Europaparlament. Einen Mindestflächenanteil von 25% Bio-Landwirtschaft bis 2030 vorzuschreiben, führe in der EU nur zu Überschüssen, warnte die Abgeordnete. Für Österreich sei die 25%-Marke zwar kein Problem, aber im Durchschnitt der EU müsse sich der Anteil der Bio-Fläche von heute gut 8% in etwa verdreifachen, um das Ziel der EU-Kommission aus der Farm to Fork-Strategie zu erreichen. Falsche politische Vorgaben könnten eine Überproduktion verursachen und damit den notwendigen Preisaufschlag für Bio-Lebensmittel in Frage stellen, gab Schmiedtbauer zu bedenken. Die EU-Abgeordnete ist Berichterstatterin für den Aktionsplan für die Bio-Landwirtschaft der EU-Kommission und möchte in ihren Bericht keinen verpflichtenden Flächenanteil von 25% übernehmen.

Die Christdemokraten werden in dieser Frage von den Fraktionen der Konservativen, den Liberalen und der Rechten (I+D) unterstützt. EU-Abgeordnete wiesen in der Debatte darauf hin, dass es in Frankreich bereits zu viel Bio-Milch und zu viele Bio-Eier auf dem Markt gebe, für die sich der Preisaufschlag nicht mehr durchsetzen ließe. "Man darf das fragile Gleichgewicht auf dem Bio-Markt nicht brechen", warnte **Bert Jan Ruissen** von den Konservativen aus den Niederlanden.

Dagegen möchten die Sozialdemokraten, die Grünen und die Linken an dem 25%-Ziel für die Bio-Fläche im Bericht festhalten. Erst ein numerisches und ambitioniertes Ziel werde den Biolandbau in der EU voranbringen, erklärte **Maria Noichl** von den Sozialdemokraten aus Deutschland. Sie erwartet vor allem vom Staat ein größeres Engagement. Der Staat sollte Bio-Lebensmittel in allen Kantinen vorschreiben, um die Nachfrage anzukurbeln, regte Noichl an. **Anja Hazekamp** von den Linken aus den Niederlanden merkte an, dass sich das Plenum des Europaparlaments bereits hinter das 25%-Ziel aus der Farm to Fork-Strategie gestellt habe. Hinter diese Position sollte der Agrarausschuss des EU-Parlaments nicht zurückfallen, erklärte Hazekamp. Der Agrarausschuss wird Ende März seinen Bericht über den Aktionsplan Biolandbau abstimmen. Im Mai kommt er ins Plenum des EU-Parlaments. (Schluss) mö

## Wintertagung: Regionalität verlangt Saisonalität und Kennzeichnung

### Betriebsmittelpreise sind zentrale Herausforderungen im Pflanzenbau

Wien, 2. Februar 2022 (aiz.info). - Beim Fachtag Ackerbau, der am Dienstag im Rahmen der Wintertagung 2022 des Ökosozialen Forums stattfand, wurde von namhaften Referenten das Thema "Herkunft kennzeichnen - Perspektiven für die regionale Wertschöpfungskette von Agrarprodukten" erörtert. Dabei ging es insbesondere auch um die Chancen des Ackerbaus vor dem Hintergrund des Green Deals. Am Fachtag Gemüse-, Obst- und Gartenbau stand die Entwicklung der Branche vor, während und nach der Pandemie im Mittelpunkt. Die Referenten beider Fachtage waren sich dabei

weitgehend einig, dass das Bewusstsein der Konsumenten vor allem für die Saisonalität gestärkt werden muss.

Der Präsident des Ökosozialen Forums, **Stephan Pernkopf**, nannte internationale Konflikte und die aktuellen Preisentwicklungen als zentrale Herausforderungen für den Acker- sowie den Gemüse-, Obst- und Gartenbau: "Der Großhandelspreis für Gas hat sich innerhalb eines Jahres versiebenfacht. Das hat in der Düngemittelherstellung zu Stilllegungen der Produktion geführt. Durch den Nährstoffmangel am Feld sinken die Erträge, der Versorgungsgrad wird geringer und global steigt die Zahl jener Menschen, die von Hunger betroffen sind. Wenn nun der Green Deal dazu führt, dass spürbar weniger Lebensmittel in Europa produziert werden, dann ist das der falsche Weg. Das führt zu mehr Abhängigkeit, mehr CO<sub>2</sub>-Ausstoß und höheren Preisen", warnte Pernkopf.

### **Moosbrugger: Versorgung mit Lebensmitteln ist wichtige Sicherheitsfrage**

"Die Corona-Pandemie hat das Bewusstsein dafür geschaffen, dass Lebensmittel nicht selbstverständlich tagtäglich verfügbar sind. Wir sind gut beraten, dieses Bewusstsein aufrechtzuerhalten und zu zeigen, dass die Versorgung eine Sicherheitsfrage für die Zukunft ist. Wir müssen dazu aber auf der Konsumentenseite einen gemeinsamen Effekt der Wertschätzung für Lebensmittel schaffen und endlich auch mit dem Handel in eine Wertediskussion einsteigen", betonte **Josef Moosbrugger**, Präsident der Landwirtschaftskammer (LK) Österreich.

"Einen wichtigen Anteil daran hat eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln", erklärte EU-Abgeordneter **Alexander Bernhuber**. Er sieht, so wie Moosbrugger, in diesem Bereich noch Handlungsbedarf: "Die aktuellen Rahmenbedingungen der EU für Herkunftsbezeichnungen spiegeln nicht wider, was sich die österreichische Landwirtschaft wünscht und was die Konsumenten fordern. Hier gibt es aber mit dem gemeinsamen Beschluss für die Farm to Fork-Strategie im EU-Parlament einen Zwischenerfolg", so Bernhuber.

### **Zinner: Regionale Kreisläufe und Wertschöpfungsketten schaffen**

Die Grundlage für einen zukunftsfitten Ackerbau werde das Schaffen regionaler Kreisläufe und Wertschöpfungsketten sein, sagte **Gerhard Zinner**, Geschäftsführer der Waldland Holding. "Die zentrale Herausforderung besteht darin, möglichst viele Betriebe in der Landwirtschaft zu halten und diesen ein adäquates Einkommen zu ermöglichen. Die transparente Kennzeichnung der Herkunft von Produkten und das Vermeiden von Überproduktion sind wesentliche Voraussetzungen dafür", so Zinner.

"Für eine positive Zukunft des Ackerbaus und des Lebensmittelhandwerks braucht es zwei Schritte: die Re-Lokalisierung des Rohstoffs bei traditionellen Backwaren und die Initiierung weiterer Regionalprogramme, um Partnerschaften zu schmieden", erklärte **Martin Greßl**, Leiter des Qualitätsmanagements bei der AMA-Marketing. Dabei könne man darauf aufbauen, dass das Vertrauen in österreichische Lebensmittel hoch ist, so **Matthias Krön**, Obmann des Vereins Donau Soja. Es brauche neue Programme, um die von österreichischen Bäuerinnen und Bauern produzierten Lebensmittel im eigenen Land nicht nur zu produzieren, sondern auch im Produktkreislauf zu behalten und zu vermarkten.

## Regionalität verlangt auch Saisonalität

Beim Fachtag Gemüse-, Obst- und Gartenbau kamen die Experten überein, dass es neben der Regionalität auch einen stärkeren Fokus auf Saisonalität braucht. Dazu **Carlos Steidl** von gurkerl.at: "Für den Lebensmittelhandel sind Partnerschaften mit regionalen Betrieben enorm wichtig, um ein vielfältiges Sortiment aus der Region zu schaffen. Nur so können wir auch eine Zufriedenheit der Konsumenten garantieren. Dabei darf man aber nicht vergessen, dass wir in Österreich Saisonen haben. Es braucht daher ein Umdenken, denn es muss nicht immer alles verfügbar sein."

Der Generalsekretär der LK Österreich, **Ferdinand Lembacher**, betonte, dass Regionalität und Saisonalität untrennbar miteinander verbunden seien, es aber zu lösende Herausforderungen gebe: "Wir wurden darauf konditioniert, dass Warten unzumutbar ist. Die ständige Verfügbarkeit nimmt uns jedoch die Vorfreude auf saisonale Lebensmittel. Das wird verstärkt durch das Angebot ausländischer Ware, die vor den heimischen Produkten erhältlich ist. Das ist nicht notwendig. Wir sollten den Menschen die Vorfreude wieder zurückgeben."

Einen Ansatzpunkt für eine erfolgreiche Kommunikation der Saisonalität nannte **Christina Tönniges** von der GfK Austria. "Wir müssen den Kunden die Saisonalität erklären, und zwar mit dem Hinweis auf die klimaschädlichen Wirkungen von Importware. Die Eigenverantwortung gegenüber der Umwelt ist momentan hoch, diese Chance sollte man nutzen." Die Landwirtschaft habe mit der Regionalität eine große Chance. Der entscheidende Punkt werde aber die Kennzeichnungspflicht insbesondere bei verarbeiteten Lebensmitteln sein", sagte **Ewald Mayr** vom Verband der Obst- und Gemüseproduzenten Oberösterreich. "Eines sollte man nicht vergessen: Jeder Griff ins Regal ist ein Produktionsauftrag", unterstrich Mayr. (Schluss)

## Rupert Quehenberger als AMA-Verwaltungsratsvorsitzender neu bestellt

Er übernimmt auch Vorsitz im Aufsichtsrat der AMA-Marketing GesmbH

Wien, 2. Februar 2022 (aiz.info). - Rupert Quehenberger wurde am 31. Jänner 2022 vom Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus als Verwaltungsratsvorsitzender der Agrarmarkt Austria (AMA) bestellt. Ebenso wurde er von der Generalversammlung der AMA-Marketing GesmbH in den Aufsichtsrat gewählt, dessen Vorsitz er übernimmt. Quehenberger ist Präsident der Landwirtschaftskammer (LK) Salzburg und betreibt mit seiner Familie einen Milchviehbetrieb in Annaberg.

Quehenberger folgt der ehemaligen Präsidentin der LK Oberösterreich, Michaela Langer-Weninger, die als Landesrätin in die OÖ Landesregierung gewechselt ist, in beiden AMA-Positionen nach.

Der Verwaltungsrat der AMA ist unter anderem für die Bestellung des Vorstandes, die Überwachung der Geschäftsführung, den Beschluss des Finanzplanes und den Jahresabschluss zuständig. Gemäß AMA-Gesetz ist der Vorsitzende des Verwaltungsrates aus der Landwirtschaftskammer Österreich zu bestellen.

Die Hauptaufgabe des Aufsichtsrates besteht in der Überwachung und Kontrolle des Geschäftsführers. Der Aufsichtsrat hat außerdem den Jahresabschluss und den Lagebericht zu prüfen und der Generalversammlung darüber zu berichten.

"Ich bedanke mich bei Michaela Langer-Weninger für ihre Tätigkeit sowie ihr Engagement und freue mich, dass mit Rupert Quehenberger ein ausgewiesener Experte aus der Landwirtschaft an der Spitze der AMA steht", erklärt **Günter Griesmayr**, Vorstandsvorsitzender der AMA, zu den Neubestellungen. (Schluss)

## SalzburgMilch erhöht erneut den Auszahlungspreis

Plus 3,5 Cent brutto ab Februar als Sofortmaßnahme gegen Kostenexplosion

Salzburg, 2. Februar 2022 (aiz.info). - Seit Monaten stellen die anhaltenden enormen Kostensteigerungen viele heimische Milchbauern vor große finanzielle Belastungen. Nach bereits zwei deutlichen Erhöhungsschritten im Jahr 2021 hebt nun die SalzburgMilch erneut den Auszahlungspreis für Milchbauern an, um die dramatische Situation abzumildern. Konkret werden die Erzeugerpreise mit Anfang Februar 2022 für alle Milchsorten um 3,5 Cent brutto/kg angehoben. Somit liegt der Basismilchpreis für gentechnikfreie Milch bei 40,83 Cent netto/kg beziehungsweise 46,33 Cent brutto. Für Spezialmilchsorten werden die bisherigen Zuschläge bezahlt.

"Uns ist bewusst, dass auch diese erneute Anhebung des Milchauszahlungspreises nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist, aber wir als Molkerei im Eigentum der Alpenmilch Salzburg Genossenschaft lassen unsere rund 2.400 Milchbauern nicht im Stich", erklärt Geschäftsführer **Andreas Gasteiger** und richtet einen weiteren Appell an die Verantwortlichen im heimischen Handel: "Da die Kostenexplosion auch uns als Verarbeitungsbetrieb massiv trifft, muss nun rasch auch eine deutliche Preiserhöhung unserer Milchprodukte im Handel umgesetzt werden, so wie es auch bei anderen Erzeugnissen aus landwirtschaftlicher Herkunft angekündigt wurde." (Schluss)

## Frankreich: Schulkantinen sollen patriotischer einkaufen

Verbesserte Kennzeichnungsvorschriften für Fleisch

Paris, 2. Februar 2022 (aiz.info). - Frankreich baut seine Herkunftskennzeichnung für Fleisch aus. In dem Land gelten ab dem 1. März die erweiterten Kennzeichnungsvorschriften in der Außer-Haus-Verpflegung. Sie betreffen Schweine-, Geflügel- und Lammfleisch. Für Rindfleisch muss in Frankreich bereits seit 2002 die Herkunft in der Gastronomie angegeben werden. Jetzt zieht das Land auch für die anderen Fleischarten nach. "Die Hälfte des Fleisches in Schulkantinen wird importiert", beklagt der französische Landwirtschaftsminister **Julien Denormandie**. Die jetzt vorgeschriebene generelle Herkunftskennzeichnung sei ein erster Schritt, um das Einkaufsverhalten der Kantinen zu verändern, meint der Minister. In Brüssel wird außerdem über die Etikettierung der Herkunft von Fleisch auch in Verarbeitungsprodukten debattiert. (Schluss) mö

## Schmuckenschlager: Verlustersatz bringt rasche Hilfe für Schweinebauern

### Bäuerinnen und Bauern sichern tagtäglich die Lebensmittelversorgung

St. Pölten, 2. Februar 2022 (aiz.info). - Die österreichischen Schweinebauern sind durch Corona-bedingte Marktverwerfungen und Absatzausfälle in Gastronomie und Hotellerie enorm unter Druck geraten. Die Verlängerung des Verlustersatzes für indirekt Betroffene in der Landwirtschaft ist daher eine dringend notwendige Maßnahme für die heimischen Schweinehalter.

Der Verlustersatz ermöglicht einen Ausgleich von Einkommensverlusten für die am stärksten von der Corona-Pandemie betroffenen Bereiche. Die Schweinebauern zählen hier zweifelsohne dazu. "In Niederösterreich sind rund 4.500 Schweinehalter betroffen. Mit dem Verlustersatz bekommen die Betriebe die finanzielle Unterstützung, die sie jetzt so dringend brauchen, um Umsatzeinbußen und Einkommensverluste zumindest teilweise ausgleichen zu können", betont Landwirtschaftskammer (LK) NÖ-Präsident **Johannes Schmuckenschlager** und sagt weiter: "Die Menschen können sich jeden Tag darauf verlassen, dass die Bäuerinnen und Bauern die Lebensmittelversorgung sichern. Genauso müssen sich unsere bäuerlichen Betriebe darauf verlassen können, dass die finanzielle Unterstützung durch den Verlustersatz jetzt rasch bei ihnen ankommt. Nur so können sie ihre Existenz sichern."

### Antragstellung ab April möglich

Das Gesamtvolumen des verlängerten Verlustersatzes für indirekt Betroffene in der Landwirtschaft beträgt 20 Mio. Euro. Betriebszweige, die im Zeitraum von Dezember 2021 bis Februar 2022 einen Deckungsbeitragsverlust von mindestens 30% haben, werden mit einem Zuschuss in Höhe von 70% dieses Verlustes unterstützt. Aktuell ist dieser Verlust für die Betriebszweige Schweinemast und Zuchtsauenhaltung nachgewiesen, was eine entsprechende Unterstützung dieser Betriebe ermöglicht. Beantragt werden kann der Verlustersatz ab April über die Agrarmarkt Austria (AMA).(Schluss) - APA OTS 2022-02-02/12:05

## VÖS begrüßt Verlustersatzpaket zur Entlastung der Schweinewirtschaft

### 20 Mio. Euro für Unterstützung der Schweinehalter in Krisenzeiten

Wien, 2. Februar 2022 (aiz.info). - Nach zwei herausfordernden Jahren der COVID-19-Pandemie können österreichische Schweinebäuerinnen und -bauern immer noch nicht aufatmen. Die Maßnahmen gegen die anhaltende COVID-19-Pandemie sowie die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest führen zu einem beträchtlichen Überangebot am europäischen Markt. Außerdem erhöht eine massive Preissteigerung im Bereich der Betriebsmittel den Druck auf die gesamte Branche. Die Lage ist für viele schweinehaltende Betriebe bereits existenzbedrohend.

## Köstinger betont Zusammenarbeit mit Erzeugerorganisationen

Mit dem Paket in der Höhe von 20 Mio. Euro verlängert das Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus (BMLRT) nun eine wirksame Maßnahme zur Unterstützung der Bäuerinnen und Bauern. Der Verband Österreichischer Schweinebauern (VÖS) war - wie auch beim ersten Verlustersatzpaket - maßgeblich an der Entwicklung dieses Instruments beteiligt. Der Verlustersatz kann ab April bei der AMA beantragt werden. Landwirtschaftsministerin **Elisabeth Köstinger** betont die gute Zusammenarbeit mit dem VÖS: "Gemeinsam mit den Erzeugerorganisationen haben wir damit eine Maßnahme geschaffen, wie wir den betroffenen Betrieben zumindest einen Teil ihres Einkommensverlustes der letzten Monate abgelten können. Damit können wir die angespannte Situation etwas entlasten."

## Verlustersatz notwendiges Instrument, um Versorgung sicherzustellen

Auch VÖS-Obmann **Walter Lederhilger** zeigt sich erfreut: "Österreichs Schweinebäuerinnen und -bauern sehen sich aktuell mit außergewöhnlichen Marktverwerfungen konfrontiert. Der Verlustersatz ist ein notwendiges Instrument, um dennoch die Versorgung mit hochwertigem Fleisch aus Österreich sicherzustellen. Unser Dank gilt Bundesministerin Köstinger und dem BMLRT für die Unterstützung in herausfordernden Zeiten." (Schluss) - APA OTS 2022-02-02/10:41

## Bauernbund: 20 Millionen Euro Verlustersatz für Schweinebauern

### Omikron und Afrikanische Schweinepest bringen enorme finanzielle Einbußen

Wien, 2. Februar 2022 (aiz.info). - Die seit zwei Jahren andauernde Corona-Pandemie bringt Schweinebäuerinnen und -bauern aufgrund von Absatzausfällen in der Gastronomie in Existenznot. "Die im Vorjahr schon niedrigen Schweinepreise sind jetzt endgültig im Keller. Pro Kilogramm Schweinefleisch erhalten unsere Bauernfamilien gerade einmal 1,40 Euro. Die Betriebe können damit ihre Produktionskosten bei Weitem nicht decken. Jedes verkaufte Schwein bringt statt eines Gewinns derzeit rund 25 Euro Verlust. Deshalb ist die Verlängerung des Verlustersatzes ein wichtiger Schritt, um Einkommenseinbußen zumindest teilweise auszugleichen und so die Situation zu entlasten", so Bauernbund-Präsident **Georg Strasser**.

Die Preissteigerungen bei agrarischen Betriebsmitteln treffen Schweinebäuerinnen und -bauern mit voller Wucht. Alleine die gestiegenen Getreidepreise verteuern die Fütterung eines Schweins um rund 15 Euro. Auch der Fleischabsatz in der Gastronomie und im Tourismus liegt weit unter früheren Zeiten. "Eine rentable Produktion ist in weiter Ferne. Die Situation bedroht die Existenz zahlreicher Bauernfamilien. Wenn unsere Betriebe das Handtuch werfen, sind wir auf Billigimporte aus dem Ausland, wo natürlich auch niedrigere Standards herrschen, angewiesen", so Strasser. Neben Corona sorgt auch ein anderes Virus für Kopfzerbrechen in der Schweinebranche. Fälle der Afrikanischen Schweinepest (ASP) zuerst in Deutschland, nun auch in Italien, sorgen für ein massives Überangebot an Schweinefleisch in Europa.

Um diese Einkommensverluste zumindest teilweise zu ersetzen, hat die Bundesregierung, wie schon vergangenes Jahr, einen Verlustersatz für indirekt von der Corona-Krise betroffene Betriebe auf Schiene gebracht. Ein Gesamtvolumen von 20 Mio. Euro wird als nicht rückzahlbarer Zuschuss

konkret für Schweinebäuerinnen und -bauern zur Verfügung gestellt. Wer im Zeitraum von Dezember 2021 bis Februar 2022 einen Verlust von mindestens 30% des Deckungspreises hat, dem werden 70% des Verlustes als Zuschuss gewährt. Beantragt werden kann der Verlustersatz ab April über die Agrarmarkt Austria (AMA).

"Der Verlustersatz schafft eine jetzt dringend notwendige Entlastung. Um die steigenden gesellschaftlichen Anforderungen an die Schweinehaltung aber erfüllen zu können, braucht es langfristig höhere Preise. Handel, Verarbeiter und Konsumenten sind gefordert, für die harte Arbeit unserer Bäuerinnen und Bauern auch angemessene Einkommen zu zahlen", so Strasser.

### **NÖ Bauernbund begrüßt Hilfspaket**

Auch der Niederösterreichische Bauernbund schlägt angesichts dieser Entwicklung Alarm und macht darauf aufmerksam, dass die Selbstversorgung mit Schweinefleisch am Kippen ist. "Jeder Schweinebauer, der in Österreich zusperrt, wird durch einen ausländischen ersetzt", verweisen NÖ Bauernbund-Obmann LH-Stellvertreter **Stephan Pernkopf** und Direktor **Paul Nemecek** auf die bedrohliche Lage von 4.500 schweinehaltenden Betrieben in Niederösterreich.

Der Verlustersatz sei ein wichtiges Signal für die Zukunft der heimischen Zucht- und Mastbetriebe sowie an eine systemrelevante Branche der Lebensmittelproduktion. "Es geht um bäuerliche Existenzen, es geht aber auch darum, die Versorgungssicherheit Österreichs sicherzustellen", verdeutlichen Pernkopf und Nemecek. Beide weisen erneut Handel wie auch Konsumenten darauf hin, dass die Bauern für ihre Leistungen und Produkte ein angemessenes Einkommen und faire Preise benötigen.

### **Berlakovich: Existenzielle Absicherung ist notwendig**

**Nikolaus Berlakovich**, Obmann des Burgenländischen Bauernbundes, begrüßt das vorliegende Hilfspaket ebenso. "Wir haben uns massiv dafür eingesetzt, weil die heimischen Schweinebauern einen existenziellen Kampf führen. Daher ist es besonders wichtig, dass auch sie in diesen schwierigen Zeiten eine Unterstützung bekommen", so Berlakovich. Mit dem Paket werde die Versorgung mit heimischem Schweinefleisch auch in Zukunft abgesichert.

\* \* \* \*

### **Langer-Weninger: Es braucht langfristig fairere Erzeugerpreise**

**Michaela Langer-Weninger**, Agrar-Landesrätin in Oberösterreich, erklärte: "Tiefrot statt rosig. Die Lage der heimischen Schweinebauern ist aufgrund coronabedingt eingebrochener Absatzmöglichkeiten, ausländischer Billig-Konkurrenz, aber auch wegen stark gestiegener Betriebsmittelpreise existenzbedrohend. Der Verlustersatz II, mit weiteren 20 Mio. Euro für indirekt Betroffene in der Landwirtschaft, ist daher dringend nötig um die Betriebe zu entlasten."

## **Langer-Weninger: Es braucht langfristig fairere Erzeugerpreise**

Michaela Langer-Weninger, Agrar-Landesrätin in Oberösterreich, erklärte: "Tiefrot statt rosig. Die Lage der heimischen Schweinebauern ist aufgrund Corona-bedingt eingebrochener Absatzmöglichkeiten, ausländischer Billigkonkurrenz, aber auch wegen stark gestiegener Betriebsmittelpreise existenzbedrohend. Der Verlustersatz II, mit weiteren 20 Mio. Euro für indirekt Betroffene in der Landwirtschaft, ist daher dringend nötig, um die Betriebe zu entlasten."

Oberösterreich als starkes Produktionsland im Schweinebereich sei von der Markt-Schiefelage besonders betroffen. "Viele Betriebe denken ans Aufhören, denn bei den aktuellen Preisen sind nicht einmal ihre Kosten gedeckt. Die heimische Schweinefleischproduktion ist aufgrund der Pandemie und den stark gestiegenen Betriebsmittelkosten zum Minusgeschäft geworden", stellte **Markus Brandmayr**, Obmann Verband landwirtschaftlicher Veredelungsproduzenten OÖ (VLV), fest. (Schluss) - APA OTS 2022-02-02/09:27

## **Agrana: Stärkekartoffel- und Nassmais-Kampagnen erfolgreich abgeschlossen**

Stärkegehalt lag deutlich über dem Vorjahr

Wien, 2. Februar 2022 (aiz.info). - Der Frucht-, Stärke- und Zuckerkonzern Agrana hat Ende Jänner in den österreichischen Stärkefabriken die Verarbeitungssaison 2021/22 mit Stärkekartoffeln und Nassmais erfolgreich beendet.

In der Kartoffelstärkefabrik Gmünd (NÖ) wurden in 104 Tagen insgesamt 274.300 t (Vorjahr: 323.000 t) Stärke- beziehungsweise Bio-Stärkekartoffeln zur Verarbeitung übernommen. Der Stärkegehalt betrug 19,1% und lag aufgrund der günstigen Wachstumsbedingungen im Herbst deutlich über dem Vorjahr (18,0%). Daneben wurden bis Ende Jänner 15.300 t (Vorjahr: 15.500 t) Speiseindustriekartoffeln beziehungsweise Bio-Speiseindustriekartoffeln für die Herstellung von Kartoffeldauerprodukten wie Püree übernommen.

### **Nassmaisverarbeitung: 3,5 Mio. l Heizöl für Trocknung eingespart**

In der Maisstärkefabrik Aschach an der Donau (OÖ) wurden von 15. September bis 19. Dezember 2021 insgesamt 131.000 t (Vorjahr: 152.500 t) erntefrischer Mais - sogenannter Nassmais - verarbeitet, danach wurde wieder auf Trockenmais als Rohstoff umgestellt. Die sofortige Verarbeitung von Nassmais schont die Umwelt, da die energieintensive Trocknung des Rohstoffes entfällt. Durch die heurige Nassmaisverarbeitungsmenge konnten rund 3,5 Mio. l Heizöl für eine Trocknung eingespart werden. Neben dem ökologischen Vorteil ermöglicht Nassmais dem Landwirt durch den Wegfall der Trocknungskosten einen höheren Deckungsbeitrag als Trockenmais.

In der Agrana-Bioraffinerie in Pischelsdorf (NÖ) wurden von 15. September 2021 bis 31. Jänner 2022 rund 105.000 t Nassmais neben Weizen als Rohstoff in der Produktion verwendet. (Schluss)

## ÖWM: Neues DAC-Gebiet Wagram und "Sekt Austria" im Weingesetz verankert

### Yorke: Erfolgreicher Weg des Herkunftsmarketings

Wien, 2. Februar 2022 (aiz.info). - Eine umfassende Sammelverordnung zum Weingesetz bringt große Neuerungen, teilt die Österreich Wein Marketing (ÖWM) mit. So wird der Wagram Österreichs 17. Gebiet mit DAC-Herkunftsschutz für seine gebietstypischen Weine. Sekt mit geschützter Ursprungsangabe ("Sekt g.U.") nennt sich fortan "Sekt Austria", das Kremstal erhält neun gesetzlich definierte Ortsweinerkennungen.

Nach intensiven Überlegungen innerhalb des Gebietes Wagram wurde der DAC-Verordnungsentwurf nun von der zuständigen Bundesministerin Elisabeth Köstinger unterschrieben. Auch der Wagram entschied sich für die DAC-Unterteilung in die Stufen Gebiets-, Orts- und Riedenwein. Auf der Ebene der Gebietsweine bleibt die traditionelle Rebsortenvielfalt erhalten, zulässig sind 13 weiße und auch rote Rebsorten. Ebenso sind Gemischter Satz und Cuvées möglich. Für die Ortsweine sieht die DAC-Verordnung 27 geschützte Ortsangaben vor. Die Anzahl der zugelassenen Rebsorten verdichtet sich auf sieben. Diese müssen reinsortig angebaut werden. Die Spitze der Herkunftspyramide bilden die Riedenweine, also Weine aus einzelnen, gesetzlich definierten Anbaulagen. Dafür erlaubt sind die weißen Wagram-Leitsorten Grüner und Roter Veltliner sowie Riesling. Alle Weine müssen der Angabe "trocken" entsprechen, die Weißweine dürfen keinen dominanten Holzton aufweisen. Gültig ist die Verordnung ab dem Jahrgang 2021.

"Die Winzer am Wagram hatten keine leichte Nuss zu knacken, aber nach eingehenden Gesprächen und Überlegungen gliedert sich nun auch der Wagram in die DAC-Familie ein", freut sich **Chris Yorke**, Geschäftsführer der ÖWM. "Gemeinsam werden wir nun den erfolgreichen Weg des Herkunftsmarketings gehen."

### Aus "Sekt g.U." wird "Sekt Austria"

Im Zuge der Sammelverordnung wird auch eine bedeutende Neuerung für Österreichs Schaumweine verankert: Sekt mit geschützter Ursprungsbezeichnung ("Sekt g.U.") darf fortan ausschließlich in Verbindung mit den Begriffen "Sekt Austria", "Sekt Austria Reserve" oder "Sekt Austria Große Reserve" in Verkehr gebracht werden. Damit soll die 100%ige österreichische Herkunft dieser Sekte (Trauben aus Österreich und ebenda versektet) noch klarer kommuniziert werden. Erkennbar ist "Sekt Austria" auch an der rot-weiß-roten Banderole auf dem Flaschenkopf.

"Unsere Sekte haben höchste Qualität, und auch international werden sie immer gefragter", erklärt Yorke. "Mit der Bezeichnung 'Sekt Austria' für jene Schaumweine, die zu 100% aus Österreich stammen, schaffen wir eine klare Positionierung und Profilierung dieser Spitzenweine in drei Stufen."

Für "Sekt Austria" gelten strenge Bedingungen, die sich an jenen der weltbesten Schaumweine orientieren. So muss etwa "Sekt Austria" mindestens neun Monate auf der Hefe lagern, die "Reserve" mindestens 18 und die "Große Reserve" mindestens 36 Monate (bisher 30). Handlese ist für "Reserve" und "Große Reserve" verpflichtend. Während die Trauben für "Sekt Austria" und "Sekt Austria Reserve" aus einem einzigen Bundesland stammen müssen, sind jene für die "Große Reserve" in einer einzelnen Gemeinde zu ernten; auch Rieden-Sekte sind auf dieser Stufe möglich.

## Kremstal: Neun gesetzlich definierte Ortsweinerkünfte

Mit der Sammelverordnung erhält auch die DAC-Verordnung des Kremstals ein Update: Für die Stufe der Ortsweine wurden nun neun Herkünfte gesetzlich definiert, die auf dem Etikett angegeben werden dürfen: Krems, Stein, Rohrendorf, Gedersdorf, Stratzing, Senftenberg, Furth, Höbenbach sowie Krustetten.

### Über DAC

Districtus Austriae Controllatus (DAC) ist eine gesetzliche Herkunftsbezeichnung für gebietstypische Qualitätsweine aus Österreich. Wenn also auf dem Etikett der Name eines Weinbaugebietes in Kombination mit DAC steht, hat man einen für das Gebiet typischen Qualitätswein vor sich, dessen Trauben ausschließlich im Gebiet geerntet wurden. Ein DAC-Wein darf nur aus den für diese DAC-Herkunft festgelegten Rebsorten erzeugt werden und muss allen Vorgaben der vom jeweiligen Gebiet festgelegten Verordnung entsprechen. In Österreich gibt es derzeit 17 DAC-Herkünfte. Weine, die den DAC-Anforderungen nicht entsprechen, tragen den Namen des jeweiligen Bundeslandes. (Schluss)

## Ein Jahr Waldfonds: Land OÖ zieht positive Bilanz

### 2.050 Projekte für klimafitte Wälder bisher eingereicht

Linz, 2. Februar 2022 (aiz.info). - Nach den ersten zwölf Monaten des für vier Jahre vorgesehenen Waldfonds zieht das Land Oberösterreich eine erfreuliche Bilanz. "Vor einem Jahr, am 1. Februar, wurde das Zukunftspaket für die heimischen Wälder geschnürt. Auch 2022 stehen aus dem 350 Mio. Euro schweren Fonds beachtliche Mittel für Oberösterreichs Wälder bereit. Wichtig ist, dass die bäuerlichen Waldbewirtschafter diese auch abholen. Jeder investierte Euro sorgt dafür, dass der klimafitte Wald der Zukunft - und damit ihre Produktionsgrundlage - weiter wächst", betonte Agrar-Landesrätin **Michaela Langer-Weninger**

In Oberösterreich wurden bisher mehr als 2.050 Projekte mit knapp 12 Mio. Euro Kosten beantragt. Genehmigt wurden bislang 1.702 Förderanträge mit 9,5 Mio. Euro anrechenbaren Kosten. Drei Viertel der Anträge wurden für die Maßnahmen zur Entwicklung klimafitter Wälder eingereicht und weitere 432 Anträge für Wiederaufforstung und Pflegemaßnahmen. Darüber hinaus wird das bisherige Waldfonds-Förderangebot um Beihilfen für die Stammzahlreduktion (bis 10 m Höhe), Erstdurchforstung (bis 20 m Höhe) und Zaunerrichtung gegen Wildschäden auf Flächen mit Naturverjüngungskernen verbessert, führte Landesforstdirektorin **Elfriede Moser** aus.

Die Ziele des Waldfonds, der insgesamt zehn Maßnahmen umfasst, sind die Abgeltung von Borkenkäferschäden, die Förderung von klimafitten Mischwäldern sowie die Forcierung der Holzverwendung. Voraussetzung für eine Waldfonds-Förderung ist der Nachweis einer entsprechenden Förderberatung. Dafür stehen die Forstdienste der Bezirkshauptmannschaften und die Forstberater der Bezirksbauernkammern zur Verfügung. Die Antragstellung ist über die Website des Landes möglich und noch bis 31. Jänner 2023 möglich. Für die fristgerechte Umsetzung müssen alle Auszahlungsunterlagen der Projekte bis spätestens Juli 2024 bei der bewilligenden Stelle eingelangt sein. (Schluss)

## **Ukraine importiert die meisten Agrarwaren aus der EU**

### **Polen ist wichtigstes Bezugsland**

Kiew, 2. Februar 2022 (aiz.info). - Die Ukraine hat 2021 Agrar- und Ernährungsgüter im Wert von rund 8,2 Mrd. USD (7,3 Mrd. Euro) eingeführt, was um 19% mehr waren als im Jahr davor, berichtet das Kiewer Institut für Agrarökonomie. Ebenfalls um 19% - auf mehr als 4,2 Mrd. USD (3,7 Mrd. Euro) - stiegen dabei die Agrarimporte aus den Mitgliedsländern der Europäischen Union. Damit lag der Anteil der EU an den gesamten Lieferungen von Produkten dieser Warengruppe in die Ukraine bei 51,6%. Weitere 18,7% davon wurden aus Asien, 7,8% aus Lateinamerika und jeweils 4,2% aus den Mitgliedsländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) sowie afrikanischen Ländern bezogen.

Unter den einzelnen Exportländern bleibt das benachbarte Polen seit 2017 das wichtigste Bezugsland, das im Berichtsjahr seine Agrarausfuhren in die Ukraine um 7% auf etwa 883 Mio. USD (784 Mio. Euro) ausbaute. Dem folgten Deutschland und Italien mit jeweils umgerechnet 520 Mio. Euro sowie die Türkei (462 Mio. Euro). (Schluss) pom